

Die „Vollstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil:
Carl Lankau, Magdeburg.
Verlag von S. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von L. Arnoldt,
Magdeburg
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Vollstimme

Prämien- und zahlbarer
Abonnementspreis:
Bierteljähr. inkl. Bringerlohn
2 M. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 M., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 M.
inkl. Postgelb,
Einzeln-Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Seite.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Vollstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 173.

Magdeburg, Sonnabend, den 27. Juli 1895.

6. Jahrgang.

Der Raubbau im Bergwerk.

Die Katastrophe in Brütz, durch welche 20 Wohnhäuser eingestürzt, ca. 2000 Personen obdachlos geworden, ca. 500—600 Personen ihrer dürftigen Habe beraubt sind, mittags hungernd und bittend das Rathaus in Brütz umlagern, nach Nahrung jammern, ist ausführlich von der Vollstimme geschildert worden. Die Not zu mildern, das Elend zu bannen, welches die Katastrophe herbeigeführt, wird augenblicklich der Bittesack geschwungen und an die Mildeithätigkeit der Menschheit appelliert. Alle größeren Organe Deutschlands enthalten längere Aufrufe, welche eine berebete Sprache führen und zur Sammlung von Beiträgen anregen — und an all diesem Unglück trägt der nimmer-satte Kapitalismus die Schuld, all der Jammer und all das Elend ist ihm zuzuschreiben. Wer die Silberseife liest, wird vergeblich diesen Vorwurf finden. Die kapitalistische Presse hütet sich wohl, den Ursachen des Unglücks nachzuspüren — wir erfahren nur, daß der „Abfluß eines Schwimmsandlagers die Ursache der Katastrophe“ gewesen. Und damit begnügt sich das Goldschreiberium des Kapitalismus.

Eine freimütige, unabhängige Presse darf sich jedoch mit dieser trockenen Erklärung nicht begnügen; sie muß das Uebel erforschen und diejenigen, welche es verursacht, zur Verantwortung ziehen — es sind Personen, deren Raubbau keine Grenze kennt, den Raubbau im Bergwerk systematisch betreiben, unbekümmert um Leben und Wohlergehen ihrer Mitmenschen. Wo sonst triebfamer Eifer herrschte, hat der Boden sich in Bewegung gesetzt, Häuser schwankend gemacht, bis zum Giebel im Erdreich versinken lassen. Die sonst fleißigen Hände sind obdachlos — Not und Elend sind eingezogen. Und die Ursachen der Katastrophe? Für Menschen, die sehen wollen, liegen sie den Augen bar, die Wissenschaft hat sie längst erforscht.

Die Katastrophe in Brütz ist nicht die erste; bereits im Jahre 1890 war, wie die Wiener Arbeiterzeitung schreibt, durch die Bewegung des Schwimmsandes (ein außerordentlich feiner Sand, der mit Wasser erfüllt, die Konsistenz des Breies oder Honigs hat) ein freilich kleineres Unglück geschehen. Der Schwimmsand ist überall als einer der gefährlichsten Feinde der Bergarbeiter bekannt. Ergießt sich die breite Masse, vielleicht durch ein Bohrloch für den Stollenvertrieb, in die freien Hohlräume, so wird die darüberliegende Schicht ihrer Stütze beraubt und sinkt langsam nach. Selbst ein Bohrloch von oben, von der Erdoberfläche, kann das Ausströmen des Schwimmsandes bewirken; eine Folge dieser Art war das bekannte Unglück in Schneidemühl. Es ist deshalb klar, welche große Vorsicht gerade in schwimmsandreichen Gegenden wie Brütz beim Bergbau notwendig ist.

Die Katastrophe in Brütz steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Bergbau im dortigen Becken. Nicht die Natur hat diese Verwüstung am Gewissen, es ist kein Unglück wie das Erdbeben in Baißach, wo die inneren, unerforschten Erdkräfte aller Menschheitkraft spotteten. Die Unterwühlung des Bodens geschieht bewußt, planmäßig, denn es gilt, den Reichtum, welchen die Erde in ihrem Dunkel einschließt, ans Licht des Tages zu fördern. Der Bergmann fährt in die Grube mit täglicher, stündlicher Bedrohung seines Lebens ein, und die Arbeit, die er mit Todesgefahr verrichtet, erhöht noch die Gefahr des Gemeinwehens; er bricht die Kohle und schafft sie empor, damit die freien Hohlräume mehrend, in die sich dann der Schwimmsand ergießt. Das geltende Recht beschränkt die Steigerung des Kohlenbetriebes in gar keiner Beziehung. Man kann ganze bewohnte Orte unterhöhlen, ihnen das Erdreich förmlich abgraben, den Abbau ins ungemessene ausdehnen, die Gefahr eminent steigern: der Staat duldet das, denn die Produktion der Kohlen darf nicht gehemmt werden. Wie der Staat dem Besitzer der Grube nicht wehrt, den Arbeiter auszubeuten bis zur Erschöpfung, ihn nicht verpflichtet, das Leben der Arbeiter zu schützen, so stört der Staat den Grubenbesitzer auch nicht, wie weit er mit der Gefährdung der Sicherheit für die sein Produktionsgebiet umgebenden Orte gehen will. Die Grube und die Kohlenproduktion gehen allem voran; das Leben der Bergarbeiter und die Sicherheit ob der Erde müssen weit zurückstehen, wenn der Profit des Kohlenwerkes in Frage tritt. Der Bergbau muß ja lohnend sein, und der Staat muß alle Erwägungen zurückstellen, deren Bewirkung etwa die Rentabilität der Grube mindern würde. So bewirkt diese Ordnung eine der grausamsten Fronten: der Bergarbeiter, gefährdet sein Leben, wenn er in die Grube einfährt, und mit seiner Arbeit gefährdet er die targe Habe, die er oberhalb der Grube sein eigen nennt.

In das Gefühl trauriger Teilnahme, das man jedem großen Unglück entgegenbringt, wengt sich diesmal das trennende Gefühl der Schuld. Die Stadt Brütz ist förmlich auf Schwimmsand gebaut, und wie gefährlich diese

Vage ist, hat eine frühere Katastrophe erwiesen. Trotzdem ist der Betrieb der Brützer Bergbaugesellschaft nicht eingeschränkt, sondern dem leidenschaftlichen Spiele in diesen Aktien zuliebe unaufhörlich ausgedehnt worden. Der Staat läßt den Raubbau ruhig gewähren; wie er schweigend duldet, daß die Arbeiter im Schatze von allen Gefahren umzingelt werden, so duldet er auch, daß die Gefahr des Bergbaues für den Ort stetig zunehme. Die traurigen Lehren von Karwin und Ostrow blieben vergebens; trotz der letzten zwei schrecklichen Katastrophen ist nicht das geringste geschehen, um die Sicherheitsvorkehrungen zu verbessern und die Unternehmer zu ihrer Beachtung zu zwingen.

Wenn man jetzt den schuldigen Teil, die Ausbeuter der Brützer Bergbaugesellschaft, zur Ersatzpflicht heranzieht, daß sie das gutmache, was sie verschuldet, so ist das nur ein schwacher Trost. Das Unglück in Brütz ist nur das Spiegelbild der trügerischen Ordnung, die unsere Zeit regiert. Der Kohlenreichtum der Erde ist für die Menschheit eine Wohlthat von unermeßlicher Bedeutung, aber zu welcher Plage verzerrt sie sich in der kapitalistischen Gesellschaft? Die Bergarbeiter, ohne deren Mut und Kraft kein Stück der schwarzen Diamanten verbraucht werden könnte, leben in Not und Elend; sie sind allen Schrecken des Daseins und allen Gefahren des Todes ausgesetzt. Der rücksichtslosen Ausbeutung der Menschen reißt sich der Raubbau im Bergwerk an; die Eier des Profits peitscht den Unternehmer vorwärts, ohne Rücksicht auf die Sicherheit über der Erde und bereitet Katastrophen vor, wie die letzte in Brütz war. Selbst der sachliche Besitz wird gefährdet; an Stelle einer rationalen, den Reichtum wohl ausnützendenden Produktion tritt die kohlenverschwendende Plünderung des Erdreichs, die es vor der Zeit erschöpfen wird. So werden die Gaben der Natur zu Flüssen; was bestimmt ist, der Menschheit zu dienen, verdirbt sie. Wo die einzige Triebfeder der Egoismus ist, die bestimmende Ursache der Profit, ist eine weise, allen Gliedern der Gesellschaft nützende Arbeit unmöglich. Die Katastrophe in Brütz legt wieder einmal bloß, wie der Gewinn alle Rücksichten schlägt und bewältigt. Der Staat, berufen, hier kraftvoll einzugreifen, bleibt ruhig beiseite und läßt die Ausbeutung der Menschen und Gruben willig geschehen.

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Was ist erreicht? „Seit bald drei Vierteljahre ist die neue Regierung am Ruder. Was hat sie in dieser Zeit erreicht? Wie hat sie sich zu den Parteien gestellt? Von großen Ideen, die die Masse des Volkes packen, die freudige Zustimmung bei der Nation finden, ist überall keine Rede. Die ganze Politik zeigt das Gepräge der Unschlüssigkeit, Halbheit und Verschamtheit. Heute überschüttet man das Centrum mit Aufmerksamkeiten, und morgen drückt man seine Entrüstung über diese Partei aus; eben weist man die Forderungen der Rechten schroff zurück, und alsbald nähert man sich ihr wieder mit Liebeswerbungen, um demnächst abermals mit ihr zu kämpfen. Allenhalben wird man an die Schternacher Springprozession erinnert, bei der es lustig zwei Schritte vorwärts und einen rückwärts geht, nur daß in der Politik kaum ein Schritt vorwärts geschieht, während zwei rückwärts gemacht werden.“ So steht's geschrieben in der lammfrommen Boffischen Zeitung. Selbst die merkt, daß es für die bürgerliche Gesellschaft kein Vorwärts mehr giebt.

Zu der Niederlage der Nationalliberalen im Wahlkreise Waldeck-Hyrmont schreibt die Frankfurter Zeitung: Eine Niederlage in einem Bezirk, der als gesicherter Besitz gelten konnte, eine Niederlage, die einen Führer trifft — das ist wohl das Schlimmste, was einer Partei passieren kann. Die Nationalliberalen haben nach manchen argen Schläppen aus jüngster Zeit nun auch jenes Schlimmste über sich ergehen lassen müssen; in Waldeck-Hyrmont ist Herr Dr. Böttcher, der ihrer Garfische für Massenspeisung der Presse vorsteht, von einem obfakren antisemitischen Agrarier in der Stichwahl mit erheblicher Mehrheit geschlagen worden. Wenn die Meiseritzer Wahl vorzugsweise eine nationale Bedeutung hatte, so kommt der Waldecker eine politische Bedeutung zu, die nicht gering ist; die Niederlage Böttchers schließt gewissermaßen den Ring der Erscheinungen, die den schnellen Niedergang des Nationalliberalismus außer Zweifel stellen. Wir haben wiederholt die inneren Gründe dieser Entwicklung dargelegt und auf die äußeren Vorgänge hingewiesen, die dafür Zeugen waren; die Waldecker Wahl krönt diese Beweisführung in klassischer Weise, sie läßt kein „Aber“ mehr zu, wenn es heißt, der Nationalliberalismus liege in den letzten Zügen. Muß doch heute ein Organ der Partei bekennen, keine andere Partei sei „so schnell und

gründlich von ihrer stolzen Höhe herabgesunken,“ wie die nationalliberale, „sie gehe dem Ruin entgegen“ und jede Wahl sei für sie ein neues Mene Tel. Diesem Bekenntnis braucht man nichts hinzuzufügen. — An dem hochfahrenden Ton der Magdeburgischen Zeitung merkt jedoch niemand, das die nationalliberale Partei dem Ruin entgegengeht. Wir gönnen ihr den Galgenhumor.

Die Ergebnisse des Reichshaushaltes im Staatsjahre 1894/95 ergaben an ordentlichen Einnahmen, soweit sie im Reiche verbleiben, gegenüber dem Etat mehr 7 092 374 Mark; hierzu kommen Ausgaben-Ersparnisse in Höhe von 79 858 Mark; somit ergibt sich ein Gesamüberschuß von 7 172 232 Mark.

Der Klingelbeutel geht herum! Aus dem 12. Bericht, den das Komitee der Pastor Billeffschen frommen Deutschen Beherzeitung soeben versendet, ist die Saale-Zeitung in der Lage, einiges Interessante mitzuteilen. Die Zeitung, welche nun fast sieben Jahre hindurch durch Bettelei ihr Dasein gesichert und durch Verdächtigungen die gesamte pädagogische Presse, soweit sie namentlich die Volksschulpädagogik betrifft, zum Kampfe herausgefordert hat, braucht abermals Geld, und zwar noch 5000 Mark pro 1895, um ihre Mission unter den Volksschullehrern Deutschlands weiter zu betreiben. Nicht genug damit, sie braucht dann „noch einmal 15 000 Mark auf fünf Jahre (1896 bis 1900)“, welche Summen durch Bettelei bei Pastoren, Kommerzienräten, feudalen Junkern u. aufgebracht werden sollen. Wir wünschen gute Geschäfte. Die Behrer werden schon Nase und Taschen schließen; daß wir sicher.

Ueber den Nutzen der Gewerbegerichte urteilt das Kommerzkollegium in Altona in dem Jahresbericht für 1894 wie folgt:

Es kommt gewiß vor, daß durch dieselben die Unternehmer geschädigt werden. In ihrem Interesse sind sie ja auch nicht errichtet worden. Aber die Arbeiter legen großes Gewicht auf ihre Tätigkeit in diesen Gerichten, und ihre Tätigkeit ist an sich jedenfalls von Nutzen für die Gesundheit unserer sozialen Zustände. Durch solche ehrenamtliche Beschäftigung verwachsen unsere Arbeiter allmählich wieder mit den bestehenden Staatseinrichtungen. Auch müssen sie in den Gewerbegerichten zeigen, was sie in positiver Arbeit öffentlicher Art leisten können; sie werden hierbei durch ihre Genossen kritisiert. Alles das wirkt beruhigend. Das Zusammenwirken derselben mit den Arbeitgebern an den Gewerbegerichten kann ebenfalls nur als heilsam bezeichnet werden. Wir können daher nur dringend empfehlen, überall Gewerbegerichte zu errichten, wo solche noch nicht vorhanden sind.

Wir glauben nicht, daß durch solch ehrenamtliche Beschäftigung die Arbeiter allmählich wieder mit den bestehenden Staatseinrichtungen verwachsen. Die Unternehmer glauben das auch nicht, sonst würden sie energischer für die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte eintreten.

Nach Meldung Petersburger Blätter wird demnächst in Paris ein zwischen den amerikanischen Petroleum-Industriellen und der russischen Kerosin-Kompagnie Gebrüder Nobel vereinbarter Vertrag unterzeichnet werden, monach der Kerosinhandel am Mittelmeer, sowie in Schweden und Norwegen ausschließlich den Gebrüder Nobel, respektive den russischen Kerosinfürmen überlassen bleibt, während nach dem übrigen Europa Rußland 25 Prozent und Amerika 65 Prozent des gesamten Bedarfs exportiert. — So teilen die Mächtigen der Erde den Weltmarkt nach ihrem Willen. Und dieses Räubersystem wird solange bestehen, bis der Sozialismus über dasselbe triumphiert. Eine andere Macht ist außer stand, jenem Raubgefindel das Handwerk zu legen.

Das Künstlerium wird in der Magdeburgischen Zeitung scharf angegriffen. Das Blatt hofft, daß die Regierung in unabweisbarer Weise zu erkennen giebt, daß in der Frage der Einführung des Befähigungsweises sich ihre Stellung nicht verändert habe. Das hoffen auch wir.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wiener Arbeiter-Zeitung erinnert anlässlich der Katastrophe in Brütz (lies den besonderen Artikel) an den im böhmischen Landtag gestellten Antrag, beim Bergbau Einrichtungen durchzuführen, daß nicht nur die persönliche Sicherheit geschützt werde, sondern daß auch Schutz gewährt werde den Wohnungen, Bauten, Wegen, Brunnen, Wasserflüssen, Quellen, kurz, daß nicht die Grube die Herrscherin über alle Einrichtungen werde. Natürlich ist aus dem Antrag ebensowenig geworden wie aus allen Anträgen, welche in ihren letzten Wirkungen den Profit der Bergwerkesbesitzer schmälern könnten. In Brütz handelt es sich gar nicht um eine Sperrung der Schächte, sondern nur um eine Verminderung des Abbaues. Die Gewinnung der Kohle geschieht heute auf die irrationalste Weise; die Kohlenlager werden förmlich gebrandschatzt, um ja nur schnell große Profite aus den Gruben zu schlagen, gleichgültig, ob nicht dieser Raubbau, der die mitterwärtig

Monate Gefängnis. — Der Bäckerlehrling Otto H. zu ...

§ Strafburg. (Beleidigung des Offizierkorps.) Vom Landgericht wurden die beiden Geranten des ...

Tages-Chronik.

Magdeburg, 26. Juli 1896.

— Die Ueberrumpfung. Je ausführlicher die Jubiläum ...

— Der 25. Jahrestag. Am 26. Juli 1870 verließen die ...

— Der Hofkrieg eines Kriegers. Just zur rechten Zeit ...

— Die Edelsten und Besten der Nation. Von einer ...

— Die Witwe eines alten Offiziers. Ihres ruhmreichen ...

— Als im Jahre 1805 der regierende Fürst von ...

— Seine Majestät der König von Preußen haben ...

taiserliche Majestät nicht die Bitte der unglücklichsten ...

Minna von Bismarck. Schrodorfer Straße 4.

Magdeburg, den 14. Juli 1866.

Auf diesen Bittbrief verfügte der französische Kaiser: Rien; ...

— Bei der Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft ...

— Der Fabrikinspektor fand eine Möbelfabrik ...

— Die Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft ...

— Ueber die Rückzahlung des Fahrgeldes bei Nichtbenutzung ...

— Für die Abgebrannten in Brutterode sammeln die ...

— Auf dem Jakobikirchhof gebar Freitag morgen ...

— Zur Thätigkeit der Feuerwehr. Am Freitag vormittag ...

— Gefällige Schinken. Die neueste Nummer der in Berlin ...

— Arnstadt. (Das durchgreifende Erziehungsmittel.) In einer ...

— Heften. (Wilde Stille.) Kommerzienrat Dertel, Besitzer ...

— Berlin. (Selbstmord.) Der Legationskassier ...

— Bochum. (Explosion.) Durch eine Explosion auf ...

— Dresden. (So wird der Proletar geboren.) Ein junge ...

— München. (Explosion.) In der Maschinenfabrik ...

Militärische Nachrichten.

Berlin. (Eine neue Feuerung für Kriegsschiffe.) Die ...

pliosionsfähigeren Tanks eingeschlossene Flüssigkeit ...

Berlin. (Papierene Unterhosen und Jacken.) Unter- ...

Berthelmingen. (Das Genick gebrochen.) Bei ...

Karlruhe. (Genickstarre.) Im hiesigen Militär- ...

Mainz. (Krieg im Frieden.) Nach einer Mitteilung ...

Partei-Nachrichten.

Zum Parteiprogramm. Mit heutigem Tage ...

Ueber den Selbstmord unseres Genossen Albert ...

Berlin. (Selbstmord.) Der Legationskassier ...

Strafungen, Verfolgungen etc. Ein Lehrer in ...

gefordert, daß die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erwachen. — Der Gemeinderat zu Silberdorf hat auf Anraten des Amtshauptmanns Dr. Rumpelt den Strafantrag gegen das Gemeinderatsmitglied, das geäußert hatte, daß der Gemeinderat reaktionär zusammengesetzt sei, zurückgezogen. Der Gemeinderat würde mit seiner Klage auch wenig Glück gehabt haben. Aber die Blamage bleibt ihm doch!

Neueste Nachrichten.

Halle. In die Streiklisten sind 560 Maurer eingetragen. Davon sind 210 abgereist, 240 erhielten den verlangten Lohn, 25 sind zu Streikbrechern geworden, darunter ein früheres Kommissionsmitglied.

Leipzig. Verboten wurde die für gestern abend eintreffende Versammlung des sozialdemokratischen Vereins, in der Frau Alma Palm-Braunschweig referieren sollte, wegen des rigorosen und radikalen Auftretens der Referentin.

Brüx. Die Unternehmerpresse ist angewiesen, die Katastrophe in Brüx und deren Folgen zu mildern. So wird der Magdeburger Zeitung von hier telegraphiert: Trotz der von sachverständiger Seite beglaubigten und durch den bisher anhaltenden Stillstand bekräftigten beruhigenden Kundgebungen der Berg- und Verwaltungsbehörden dauert die Beunruhigung in der Bevölkerung an; sie wird durch böswillige (!) Gerüchte von bevorstehenden neuerlichen Erdbeben genährt. Diese „sachverständige Seite“ ist wahrscheinlich in Unternehmerkreisen zu suchen, denen um den Gewinn hängt.

Zur Katastrophe in Brüx.

Ein Spezialkorrespondent der Wiener Arbeiterzeitung schreibt: Elementarereignis oder menschliches Verschulden: das ist die große Frage, die jetzt die Gemüter bewegt, nachdem der erste Schreck einer ruhigeren Auffassung der Dinge, die sich nun nicht mehr ändern lassen, gewichen ist. Das Volk, die Behörden und deren Organe sprechen von menschlichem Verschulden, die Brüxer Bergwerksdirektion leugnet es beharrlich und spricht von einem Elementarereignis und ihre Beamten wettern auf der Unglücksstätte herum, als wollten sie jedem den Zutritt verwehren, damit er das Geheimnis der gährenden Schlämde nicht erfahre. Wer wirds ergründen? Vielleicht gar die Untersuchungskommission, die mit österreichischer Schnelligkeit heute, als nach dreieinhalb Tagen, daran gehen wird, die Ursachen zu erforschen. Es wird nicht viel herauskommen, und wer die Wahrheit über die Katastrophe ergründen will, wird gut thun, mit Begleitern zu reden. Die haben das „Elementarereignis“ seit Jahren vorausgesehen; vor zehn Jahren schon haben diese simplen Arbeiter gemußt, daß sie ihre Wohnstätten untergraben und nun ist die Kata-

strophe eingetreten.“ — Man lasse sich also durch die Beschwichtigungsversuche der Unternehmerpresse nicht irreführen. Das Unglück ist entsetzlich! — Konstantinopel. Einige Hundert wegen nichtgemeiner Verbrechen bestrafte Armerler wurden amnestiert. — London. In der Patronenfabrik von Edmonton bei London erfolgte eine Explosion. Vier Arbeiterinnen erlitten schwere Verletzungen, zwei Frauen sind inzwischen gestorben. — Madrid. Zur Unterdrückung des Weberausstandes in Alcoy sind zwei Kompanien Infanterie aus Alicante eingetroffen. Das alte Mittel.

Letzte Nachrichten.

In Durlach ist ein Maler- und Tücherstreit ausgebrochen.

Freiburg. Hier sind die Bauhofscher-Gehilfen in den Lohnkampf eingetreten. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit.

Kauilien. Bei einem Eisenbahnunfall verunglückten drei Reisende schwer, sieben leicht. Kom Zugpersonal ist ein Bremser getödtet und der Fahrer leicht verletzt.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Tischler Innungs-Kassentasse. Die am Mittwoch abend in der Reichshalle geplante Versammlung konnte nicht stattfinden. Es tagt heute abend im Bürgerhause eine Versammlung, welche über die zu unternehmenden Schritte gegen das Vorgehen der Innungsmeister beraten wird. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Die Mitglieder des Naturheilvereins Budau unternehmen am Sonntag, den 28. d. Mts., eine Exkursion nach der Kreuzhöhe. Abmarsch morgens 7 Uhr vom Alten Deutschen. Bei ungünstiger Witterung findet derselbe am 4. August statt.

Am 30. Juli findet im Lokale des Herrn Müller eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt mit der Tagesordnung: Wahl eines Geschäftsführers im Arbeitsnachweis, die Organisation am Orte, und Erziehung eines Komiteemitgliedes im Arbeitsnachweis, Verschleiden.

Am Sonnabend den 27. d. Mts. öffentliche Holzarbeiter-Versammlung im Bürgerhaus, Stephansbrücke. Hierzu sind sämtliche Holzarbeiter von Magdeburg und der Vorstädte eingeladen.

Die Mitglieder des Arbeiter-Sparvereins „Gleichheit“ versammeln sich Sonntag den 28. Juli, mittags 12 1/2 Uhr zum Abmarsch bei Herrn Eggert in Kl. Dittelsleben. Es bittet um pünktliches Erscheinen.

Gr. Ottersleben. Am Sonntag den 21. d. Mts. sollte hier eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins stattfinden. Trotz der sehr wichtigen Tagesordnung war der Besuch so schwach, daß die Versammlung nicht tagen konnte. Der Vorstand hat nun beschlossen, am Sonntag den 4. August eine Generalversammlung einzuberufen, und dabei einen Antrag über die Notwendigkeit der Organisation stellen zu lassen. Da zu dieser Versammlung auch Gäste Zutritt haben, so werden die Vereinsmitglieder ersucht, eifrig für den Besuch der Versammlung zu agitieren. Insbesondere werden aber die Mitglieder, welche jetzt schon verschiedene Versammlungen geschwänzt haben, darauf aufmerksam gemacht, daß sie unbedingt erscheinen müssen.

Diesdorf. Am Sonntag, den 28. Juli, abends 7 1/2 Uhr, hält der Arbeiter-Verein für Diesdorf und Umgegend seine General-Versammlung im Vereinslokal beim Genossen Halter ab, wozu sämtliche Mitglieder um pünktliches Erscheinen ersucht werden. Gäste sind willkommen.

Sonnabend, den 27. Juli: Verband deutscher Buchbinder. Versammlung in Richards Restaurant, Kapenstraße 8-9. Verband der Deutschen Buchdrucker. Vereinsabend im „Granatplitter“, Knochenhauerstraße. Demoborier Männer-Turn-Verein. Jeden Mittwoch und Sonnabend Übungsstunde von 7 1/2 bis 10 im „Deutschen Kaiser“.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (Zentrale Subenburg). Jeden Sonnabend Jahrlabend und Aufnahme neuer Mitglieder im „Deutschen Hof“ (Müllers Restaurant), Michaelsstraße 16.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. a. gewerbli. Arb. Zentrale Subenburg. Jahrlabend bei Salzhilf, Braunschweigerstr. 55.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Zentrale Budau). Abends 8 Uhr Jahrlabend bei Reiche, Thiemstraße 13.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Zentrale Alte Neustadt). Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Wolfstämpf, Weinberg- und Dittensbergstr. Ecke.

Verein deutscher Schuhmacher. (Zentrale Magdeburg-Neustadt). Mitglieder-Versammlung abends 8 1/2 Uhr in der „Gemüthlichkeit“, Schmiedestraße 68.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Zentrale Magdeburg). Versammlung abends 8 Uhr bei Großhans, Kl. Klostertstr. 15/16.

Bereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher und verw. Berufsgenossen. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Buchlow, Katharinenstr. 5.

Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter. Mitglieder-Versammlung abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal, Fäßlochsberg 9.

Sonntag, den 28. Juli:

Arbeiter-Fachverein Barleben und Umgegend. Jeden Sonntag nachm. von 3-5 Uhr Diskussionsstunde bei H. Peters, Schulstraße 12.

St.-Klub „Einigkeit“. Alle Sonntage von nachmittags 4 Uhr ab geistliches Beisammeln im „Weißen Hirs“,

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. Mitglieder-Versammlung vormittags 11 Uhr bei Buchlow, Katharinenstr. 5.

Briefkasten.

Nach Subenburg. Genosse B. ist verheiratet und hat die Fabrikordnung verschlossen. Am Dienstag kann die Kritik erfolgen.

G. Die Ausfertigung der ständesamtlichen Urkunden geschieht auf Antrag und gegen Entrichtung der gesetzlich festgesetzten Gebühr von 50 Pf. für eine Urkunde. Für bestimmte Fälle dagegen sind Urkunden in abgekürzter Form vorgezeichnet, und diese werden gebührenfrei verabfolgt, können jedoch nur zu dem auf der Urkunde angegebenen Zweck Verwendung finden. Es werden gemäß der gegenwärtig gültigen gesetzlichen Bestimmungen gebührenfrei verabfolgt: 1. Geburtsurkunde, nur gültig in Angelegenheiten des Heereszuges (freiwilliger Eintritt u. dgl.) 2. Geburtsurkunden, 3. Heiratsurkunden und 4. Sterbendokumente; in den letzten drei Fällen nur gültig in Angelegenheiten der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- oder Alters-Versicherung.

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Datum, Wasserstand, Fall, Preis. Includes locations like Dresden, Torgau, Bitterberg, Magdeburg, Langensalza, Bitterberge, Dömitz, Pegel, Lauenburg.

Hochfeine Sahnenbutter. Das Beste was es in Butter giebt, à Pfd. nur 1 Mt., ebenso tadellose Landbutter. Wilh. Jacoby, Jakobsstr. 38. gegenüber „Neustädter Hof“.

Schuhwaren mit Kontrollmarke. H. Lehmann, Budau, Feldstraße Nr. 61. A. Zander, Subenburg, Breiteweg Nr. 51. Bestellungen nach Maß, sowie Reparaturen schnell und billig.

Homöopathie! Langjährige praktische Thätigkeit bei dem berühmten homöopathischen Arzt Dr. med. Volbeding in Düsseldorf. Visser, homöopath. Prakt. Magdeburg, Jakobsstraße 3.

Wöbel! Wöbel! L. Heilige, Tischlermeister. Budau, Gärtnerstr. 11.

Cigarren. Cuba Land 10 St. 45 Pf., Odor 10 St. 50 Pf. Otto Dittmar, Br. Weg 98.

Fernersleben. Starke Kiefern-Kloberholz. Bestes Landbrot Spiegelbrüde 5.

Budau. Turner-Hofen und Handra. C. Ritter, Schönebeckerstr. 108.

Schube u. Stiefel. H. Reichardt, Reparaturen schnell und billig. Breiteweg 120, gegenüber der Unterstr.

Die Vereins-Versammlung der Freien Vereinigung der Maurer Magdeburgs und Umgegend findet am Montag, den 29. Juli 1895, abends 8 Uhr, im „Goldenen Kopf“, Katharinenstraße 5, statt.

Unbeschaffen im Schnitt und haltbar sind die Sommer-Engl.-Fiederhosen. G. Gehse, 14 Johannishofstraße 14.

Neue Seringe! Vollseringe 4 Std. 25 u. 3 Std. 25, marinierte 2 Std. 15 u. 3 Std. 15. Gustav Krüger, Lauenzienstraße 2.

Butter. Eier, 50 u. 60 Pf. Hermann Jacoby & Co., Alte Klostertstr. 15.

Freundl. Logis für einen Herrn. Stube, Kammer, Küche. Kurfürstenstraße 35. Schlachtfest bei A. Panitz, Budau, Grusonstraße 10.

Öffentl. Versammlung der Tischler Magdeburgs bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Versammlung am Sonntag, den 2. d. Mts., abends 8 Uhr, im Bürgerhaus, Stephansbrücke 33.

Presstimmen über den Entwurf des von der Agrarkommission stipulierten Programms.

Nachfolgend teilen wir die Äußerungen einer Anzahl gegnerischer Zeitungen mit, und lassen in den nächsten Nummern die parteigenössliche Kritik, soweit dieselbe bekannt geworden, folgen.

Die demokratische Volkszeitung schreibt: Das mit großer Spannung erwartete Programm ist im ganzen und großen als ein Sieg der „gemäßigten“ Richtung zu bezeichnen. Es hält sich in der That „im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“, dergestalt, daß es Forderungen aufnimmt, die oft und lange von anderen Parteien erhoben worden sind. Auf einem ganz anderen Gebiete bewegen sich die Forderungen bezüglich der Realsteuern. Hier giebt sich das Programm entschieden vom sozialpolitischen Standpunkt aus viele Blüten. Nicht in der Abschaffung dieser Steuern — so erwünscht sie an sich ist und von den Landwirten willkommen heißen werden dürfte — liegt das steuerpolitische Ideal, sondern in der Anpassung derselben nach sozialpolitischen Grundsätzen. Andernfalls könnte man ja den schlaun Zug der Agrarier, die Aufhebung ihrer Rückzahlungspflicht an Grundsteuer für berechtigt erklären. Hier bedarf das Programm entschieden der Klärung und Revision. Gegen die Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums läßt sich prinzipiell von unserer Standpunkte nichts einwenden. Einzig und allein bleibt das Bedenken, ob nicht die bürokratische Verwaltung hierdurch eine zu große Machtfülle erhält und auch damit eine Funktion übernimmt, die sie kaum richtig ausüben kann. Das Wesen der Landwirtschaft besteht ja gerade in individueller Thätigkeit, daher auch die Ueberlegenheit des Bauern über den Großgrundbesitzer. Es ist hier einfach zu konstatieren, wie auch in Frankfurt a. M. der Referent v. Vollmar offen zugab, daß das Accumulationsgesetz von Marx, wonach der Großbetrieb allmählich den Kleinbetrieb verschlingt, bis „die Expropriateure expropriert“ werden, für die Landwirtschaft einfach nicht zutrifft. Eine Unterlassungsfrage ist es, daß nicht die Aufhebung der Gefinde-Ordnung und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse auf dem Lande (durch reisende Inspektoren etc.) gefordert wird. (Vergl. dagegen das Programm zu Ende: P. 2 und 3.)

Das Urteil der demokratischen Frankfurter Zeitung äußert sich in dem Sage: Wie es sich heute präsentiert, ist es ein geschickt und sorgfältig gearbeitetes Kompromiß-Programm, das sich bemüht, den Glauben an den Zukunftsstaat aufrecht zu erhalten und gleichzeitig Verbesserungsvorschläge auf Grund der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu machen. Vergleicht man es mit den Frankfurter Erörterungen, so könnte man finden, daß es diesen gegenüber eher eine Wendung zu Herrn Bebel macht. Da aber Programme das Trennende zusammenfassen und nur das Bindende, allen Gemeinsame zu betonen pflegen, da also Programme an sich schon den Charakter eines Kompromisses tragen und die Sozialdemokratie dabei auch nur mit Wasser kochen kann, so haben die Herren Possibilisten Grund, mit diesem ersten und noch verbesserungsfähigen Entwurf nicht unzufrieden zu sein. Denn auch in ihm drückt sich die Erkenntnis aus, daß jede Partei, die lebendige Politik treiben will, ihr Interesse dem bestehenden zuzuwenden hat, durch dessen Verbesserung sich in erster Linie nützliche Fortschritte erzielen lassen. — In einem zweiten Artikel kommt die Frankfurter Zeitung nochmals auf das Programm zurück und schreibt: Die Sozialdemokratie hat bei ihrem Vorschlag natürlich den demokratisierten Staat im Auge, aber die Maßregel soll innerhalb der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung durchgeführt werden, die gegenwärtig eine agrarisch-konservative ist und in deren Verwaltung sich bei der Eigenart unserer Verhältnisse noch lange ähnliche Einflüsse geltend machen werden. Würde die Verstaatlichung der Grundschulden heute durchgeführt, so würde sie sich zu einer Begünstigung des Großgrundbesitzes gestalten, wie auch das Gesetz lauten möge. Daneben vergegenwärtigt man sich den politischen Einfluß eines staatlichen Hypotheken-Monopols, das den Bauern zwingen würde, sich bei Geldbedarf an den Landrat zu wenden und das jedem Regierungskandidaten in der Wahl-agitation die besten Trümmer in die Hand spielte, selbst wenn die Abhängigkeit des Schuldners vom Gelanleiher nur eine scheinbare wäre. Die Sozialdemokratie sollte die Gesellschaft, in die sie diese Programmforderung bringt, schon nutzbar machen. Der eingeständene Zweck ihrer Programmvorschlüge ist, die ländliche Bevölkerung der Sozialdemokratie geneigter zu machen, die Durchführung dieser Forderung aber trieb die Bauern recht eigentlich in das jeweilige Regierungslager, während die Aufgabe jeder demokratischen Partei darin bestehen muß, die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit aller Bürger zu fördern. In diesem Programmpunkte steht der sozialistische Über dem demokratischen Charakter der Partei. Als Entwicklungsprodukt der sozialdemokratischen Partei bestätigt schon früher an dieser Stelle geschrieben wurde, während die einzelnen Forderungen von der Rücksicht auf die Endziele der Sozialdemokratie nicht unerheblich und nicht immer glücklich beeinflusst wurden. Jedenfalls ist es unzutreffend, zu behaupten, die Programmkommission habe „nur“ die Forderungen bürgerlich-radikaler Parteien „abgeschrieben“. Das trifft für viele Punkte zu, aber nicht für alle!

Die Freisinnige Zeitung, das Organ des Abg. Eugen Richter, wiegt sich in den bekannten Hoffnungen: Dies Agrarprogramm der Sozialdemokraten bekundet ohne Zweifel ein weiteres Abweichen von den revolutionären Zielen der Partei. Die Sozialdemokratie hat sich wiederum „gemausert“. Die Vollmar'sche Richtung hat bei der Aufstellung der Forderungen für die Landtagitation den Sieg davon getragen. Das eigentliche sozialdemokratische Prinzip der Verwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gesellschaftseigentum ist in diesem Agrarprogramm zum mindesten nicht mit Klarheit zum Ausdruck gebracht worden. Statt diese prinzipielle Forderung auch in Bezug auf den Grund und Boden konsequent aufzustellen, werden aus Rücksicht auf den „antikollektivistischen Bauernschäbel“ eine Reihe zum Teil liberaler Reformforderungen in das Programm aufgenommen, mit denen die Sozialdemokratie glaubt, mit Erfolg „Bauernfang“ treiben zu können. Einige dieser Forderungen sind gewiß berechtigt und werden auch von dem entschiedenen Freisinn vertreten; anderes ist unklar oder undurchführbar. Es bleibt abzuwarten, ob der sozialdemokratische Parteitag in Breslau diese Arbeit der Agrarkommission zum Parteibeschluß erhebt. Jedenfalls zeigt sich auch hier, daß die Sozialdemokratie sich mehr und mehr aus einer Umsturzpartei zu einer radikalen, die bisherige Staats- und Gesellschaftsordnung respektierenden Partei entwickelt.

Die liberale Postische Zeitung schreibt: Die sozialdemokratische Partei ist im Begriff, sich abermals zu mausern. Sie will jetzt Ernst mit der schon auf dem Parteitage in Halle ausgegebenen Parole machen, auf die Dörfer zu gehen. Der vorjährige Frankfurter Parteitag, der bereits die Agrarfrage in Angriff genommen hatte, zeigte gerade in dieser Frage einen scharfen Gegensatz zwischen dem mehr possibilistisch gerichteten Abgeordneten v. Vollmar, dem es besonders um die Gewinnung der Kleinbauern zu thun war, und den folgerichtigen Sozialdemokraten nach Abgeordneten Bebel, die es hauptsächlich auf die „Landproletarier“, in erster Linie auf den Landarbeiter östlich der Elbe abgesehen hatten. Die Agrarkommission will vor dem Breslauer Parteitag noch einmal zusammentreten, um zu prüfen, ob sie noch Änderungen an dem Entwurfe vorzunehmen hat. Indessen ist wohl kaum anzunehmen, daß noch große Veränderungen sich als nötig herausstellen, da der Entwurf alles vermeidet, was zu grundsätzlichen Streitigkeiten Veranlassung geben könnte. Der Bund der Landwirte aber, ebenso wie die Antisemiten werden mit Ueberraschung sehen, daß ihnen von der Sozialdemokratie ein bedenklicher Wettbewerb gemacht wird.

Das Organ der freisinnigen Vereinigung, das Berliner Tageblatt, äußert sich wie folgt: Die Vorschläge der Agrarkommission werden den alten Streit wieder erneuern. Die Mehrheit der Kommission scheint sich in der That die Beschlüsse des sozialdemokratischen Kongresses von Nantes zum Muster genommen zu haben, wie das auch in Frankfurt a. M. beantragt worden war, nur mit dem Unterschied, daß die allgemeinen Sätze des Parteiprogramms unverändert bleiben und die auf die ländlichen Verhältnisse bezüglichen Bestimmungen in den speziellen Teil des Programms eingeschoben werden sollen, während die französischen Sozialdemokraten neben dem allgemeinen Programm ein besonderes Programm für die Landarbeiter und Bauern beschlossen haben. In dem brennenden Punkt, der Behandlung des Grundbesitzes, stimmen beide Programme in auffälliger Weise überein. Die Herstellung eines der gesamten Gemeinde, nicht den einzelnen Gemeindegliedern gehörigen Grundbesitzes, der auf eigene Rechnung und durch Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern oder von Kleinbauern oder, soweit sich beides nicht als rationell erweist, durch Verpachtung an Selbstbewirtschaftler unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde soll den Bauern den Uebergang von dem jetzigen eigenen Besitz zur Vergemeindung oder Verstaatlichung des Grundbesitzes erleichtern. Thatsächlich wird aber der Grundsatz, daß die Produktionsmittel nicht einzelnen, sondern der Allgemeinheit gehören, in den deutschen Vorschlägen genau so verleugnet, wie in den Beschlüssen des französischen Kongresses. Daß nebenbei die Möglichkeit zugegeben wird, daß der Staats- oder Gemeindebetrieb sich „nicht als rationell“ erweisen könne, verdient besondere Beachtung. Die Frage wird nun sein, ob der Bauer geneigt sein wird, seine bisherige Stellung als selbständiger Grundbesitzer mit der eines dem Staate oder der Gemeinde unterstehenden Pächters zu vertauschen. Dazu wird er sich schwerlich hergeben; so verlockend im übrigen auch die Aufhebung aller Ertragssteuern, die Verstaatlichung der Hypotheken und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten, das freie Wahlrecht, das freie Jagdrecht, die „sachgemäße“ Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Landwirtschaft und ähnliche „Versprechungen“ sein mögen. Mit diesem Teile des Programms würde die Sozialdemokratie vielleicht noch eher Verfall bei den — Agrariern finden.

Die liberale Postische Volkszeitung sagt: Man muß ihr (der Kommission) nachrühmen, daß sie ehrlich genug gewesen ist, den Bauern keine Sonderstellung im Zukunftsstaat zu versprechen. Die französischen Genossen haben bekanntlich den Kleinbauern in Aussicht gestellt, daß sie ihren Privatbesitz behalten können. In Frankfurt waren Herr v. Vollmar und Dr. Schoenlank zu ähnlichen Zugeständnissen geneigt. Eine dort gefasste Resolution besagte recht unbestimmt, die Agrarfrage werde endgültig nur dann gelöst, „wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten zurückgegeben ist,

die heute als Lohnarbeiter oder Kleinbauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen“. Das konnte verstanden werden im Sinne der französischen Genossen, aber auch im Sinne des Zukunftsstaats-Programms, wonach Grund und Boden wie alles Privateigentum an Produktionsmitteln in „gesellschaftliches Eigentum“ verwandelt werden soll. Die Agrarkommission hat nun entschieden, daß es bei diesem Programm bleiben soll, und hat ihre Vorschläge in dem zweiten Teil des Erfurter Programms untergebracht, der lediglich die Forderungen aufzählt, die „zunächst“ verwirklicht werden sollen, und zwar, wie die neue Redaktion wieder besagt, „im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“. Also alle die schönen Dinge, die den Bauern und ländlichen Arbeitern versprochen werden, sollen nur zur Ueberleitung in den Zukunftsstaat dienen oder, wie die neue Programmfassung sagt, „zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde“. Wenn daneben auch von „Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen“ und Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr“ die Rede ist, so ist das Sand in die Augen. Ein Sozialdemokrat, der auf dem Boden des Zukunftsprogramms steht, kann diese Hebung und Verbesserung gar nicht ernsthaft wünschen; denn sie erschweren die Erreichung des letzten Zieles. . . . Alles in allem hat die Kommission von rechts und links alle bekannten Forderungen zusammengelassen, mit denen sie Arbeiter und Bauern zu fangen hoffen kann; die weitestgehenden hat sie dabei mit Vorliebe aufgenommen, wie sie überhaupt alles möglichst auf die Spitze getrieben hat. Eigenes hat sie nicht geliefert. Daß die Sozialdemokratie mit diesem Programm auf dem Lande viel weiter kommen werde als bisher, bezweifeln wir. Jedenfalls bedient sie sich den Bauern gegenüber nach wie vor der Täuschung. Sie verspricht ihnen alles mögliche, verschleiert aber die eigenen Endziele. Vielleicht ist es aber ganz gut, daß sie so vorgeht. Sie zwingt sich damit immer mehr selbst, praktische Sozialreform zu treiben und damit gegen ihr eigentliches Programm zu arbeiten; denn alle Reformen sind ein Hindernis für den Zukunftsstaat, und je besser die Zustände der Gegenwart werden, um so schwächer wird die Sehnsucht nach dem fernen gelobten Lande.

Sehr besorgt um die Wahrung unserer Prinzipien ist das christlich-soziale Volk. Es führt aus: Wie man auf den ersten Blick sieht, haben die Herren bei ihrem Agrarprogramm sehr viel opportunistisches Wasser in ihren Prinzipienwein gegossen. In Anlehnung an das Agrarprogramm der französischen Sozialdemokraten haben sie die Grundlage der sozialdemokratischen Wirtschaftsordnung, die Vergeellschaftung aller Produktionsmittel, leichten Herzens zum alten Eisen geworfen und statt dessen eine Reihe von kleinbürgerlich-liberalen Forderungen aufgestellt, mit denen sie hoffen können, erfolgreich auf den Stimmenfang bei den landwirtschaftlichen Arbeitern und den kleinen Bauern auszugehen zu können. Manche der Palliativ-mitteln, mit denen die sonst so gepreizt auf den Stelzen der „unentwegten“ Parteidoctrin herschreitende Sozialdemokratie die kranke Zeit zu heilen sucht, sind ganz passabel und zum mindesten diskutabel. . . . Alles das sind Forderungen, die man, je nach seinem Standpunkte, für praktisch oder unpraktisch halten kann, die aber allesamt mit der Sozialdemokratie nichts zu thun haben. Wir sind davon überzeugt, daß einzelne, z. B. die Verstaatlichung der Versicherung für Mobilien und Immobilien, von den frammsten Mitgliedern des Bundes der Landwirte ohne weiteres unterschrieben werden würden. Andere, wie die staatliche Hilfeleistung bei verheerenden Naturereignissen, sind im Prinzip längst anerkannt, wenn auch praktisch nicht in genügendem Umfang erfüllt. Dann kommt eine Reihe thörichter liberaler Forderungen, wie die des völlig freien Jagdrechts auf eigenem Boden (auch auf Zwerghirschen!), der Abschaffung der Fideikommissionen etc. Von einer grenzenlosen technischen Unerkenntnis zeugt die Forderung der unbeschränkten Aufrechterhaltung und Erweiterung der Waldnutzungs- und Weiderechte. Das ist rückschrittlich im höchsten Grade. Jede rationelle Feld- und Forstwirtschaft muß mit dem Waldnutzungs- und Weiderechten, diesen Ueberbleibseln einer längst vergangenen ersten Betriebsweise, schleunigst brechen. Das sollte den Sozialdemokraten, die sich doch mit dem ganzen Wissen ihrer Zeit brüsten, nicht entgangen sein. Aber freilich, was können die Herren Bebel und Liebknecht von ländlichen Verhältnissen verstehen! Unklar ist uns geblieben, wie der Besitz der toten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter) in öffentliches Eigentum überführt werden soll. Mit oder ohne Entschädigung? Das Programm hüllt sich in Schweigen darüber. Der Kernpunkt des ganzen Programms findet sich unter Ziffer 13: „Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeflächen auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, soweit sich beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirtschaftler unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.“ Sehr vorzüglich ist der Zusatz, „soweit sich beides nicht als rationell erweist“. Daß es sich nicht als rationell erweisen wird, weiß heutzutage schon jeder Mensch, der praktische Kenntnisse von der Landwirtschaft hat. Und da sich der von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Betrieb auf keinen Fall als rationell erweisen wird, so ist die ganze Anwendung der sozialdemokratischen Wirtschaftsordnung auf die Landwirtschaft gescheitert.

Die konservative Kreuzzeitung kommt zu folgendem Schlusse: Das ist ja längst bekannt, daß auch in der deutschen Sozialdemokratie Possibilisten und

Opportunisten neben den Prinzipientreuen sich finden. Aber in ihren Zielen sind sie sich völlig eins. Es gilt die Vernichtung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Nur glauben die einen dies auf dem Wege offener Bekämpfung unter zielbewusster, aufreizender Erziehung der Massen zu erreichen; während die anderen unter vorläufiger Schonung der „antikollektivistischen Schadel“ und unter vorsichtiger Verhüllung der Prinzipien, bei Anbequemung an gewisse wirtschaftliche Wünsche und Bestrebungen des Volkes erst den Boden der bestehenden Ordnung leicht unterwühlen wollen, um ihn dann völlig in sich zusammenschränken zu lassen. Es wäre naiv, die letztere Richtung etwa gar als eine ungefährliche Reformpartei anzusehen. Daß sie aber mit ihrer Aenderung des Programms auf dem Grunde große Erfolge erzielen wird, glauben wir nicht, freilich nur unter der Voraussetzung nicht, daß endlich gegen die schretenden Notstände der Landwirtschaft etwas Durchgreifendes geschieht.

Die freikonservative Post, das Organ des Herrn von Stumm, sagt in einem: Sozialdemokratischer Bauernfang überschriebenen Artikel: Für die Fassung des neuen Programms ist sicher auch der Wunsch maßgebend gewesen, den revolutionären Charakter der Partei dem oberflächlichen Beobachter noch mehr zu verschleiern und so dem Schlandrian, welcher die Sozialdemokratie behandelt wissen will wie jede andere Partei, zu Nutz und Frommen der sozialrevolutionären Bestrebungen wirksamen Vorschub zu leisten. Darauf deutet der generelle Zusatz zu dem zweiten Teil des Erfurter Programms hin, wonach die zunächst zu erreichenden Ziele „im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ erstrebt werden sollen. Denn dieser Zusatz giebt dem gelehrten wie ungelehrten Optimisten die willkommenen Handhabe, die wirklichen Ziele der Sozialdemokratie als nur mehr honoris causa beibehaltene reine Theorien, den Uebergang von der revolutionären zur Reformpartei als vollzogen anzusehen, und sich die Schlafmütze wieder über die Ohren zu ziehen. Natürlich verläutelt denn auch schon ganz nach Wunsch von einem neuen „Maßstab“ der Sozialdemokratie, während man es vorerst nur mit dem sehr praktischen Versuche zu thun hat, für die Sozialdemokratie ein neues fruchtbares Werbegebiet in den süddeutschen Bauernschaften zu gewinnen...

Die Nationalliberale Korrespondenz (die Gatlische für Massenspeisung der nationalliberalen Presse) bemerkt: Es handelt sich bei diesem neuesten Unternehmen darum, die Landbevölkerung über das Wesen und die letzten Ziele der Sozialdemokratie bis zu dem Zeitpunkt zu täuschen, wo diese in den Städten die Gewalt an sich gerissen hat, bis nach dem ersten Akt des „großen Kladderadatsch“, von dem Herr Hebel laut und die anderen still träumen. Daß der zweite Akt, nämlich die Enteignung aller Besitzer von Grund und Boden nicht notwendig folgen müsse, das die Landwirte glauben zu machen, ist der Zweck der vorgelegenen Programmzüge, der selbstverständlich die Verleugnung des ersten, grundlegenden Teiles des Parteiprogramms gebietet...

In diesem Sinne ist auch der Artikel der Magdeburger Zeitung gehalten, welcher lautet: Dreiviertel Jahre hat die sozialdemokratische Agrarkommission gebraucht, um das Ei auszubrüten, das ihr vom letzten Parteitag untergelegt worden war. Jetzt endlich ist die schwere Arbeit vollbracht. Mit der Einladung zum diesjährigen Parteitage, der vom 6. bis 12. Oktober in Breslau abgehalten werden soll, veröffentlichte der Vorstand vor einigen Tagen zugleich die Programmvor schläge der Agrarkommission. Es ist ein richtiges Bauernfängerprogramm geworden. Vorsichtig sind in den zweiten Teil des Parteiprogramms, über den Karl Marx i. J. in dem Jahre lang von der Parteileitung in Deutschland unter schlagenen Briefe die Schalen seines Jornes und Spottes ausgegossen hatte, die landwirtschaftlichen Forderungen hineingeknetet, so vorsichtig, daß die sozialistischen Angelhaken nur schwer unter dem Köder zu merken sind. Man hört darin von Verbesserung der Lage der Landwirtschaft, Errichtung von Fachschulen, landwirtschaftlichen Musteranstalten, Befestigung der Grundsteuern, Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien, von staatlicher Organisation des Kredit- und Versicherungswezens, freiem Jagdrecht auf eigenem Boden, Wildschadensentschädigung usw., kurz fast durchweg von Forderungen, die auch von anderer Seite gestellt werden können, zum Teil auch gestellt und verwirklicht sind. Nur an zwei Stellen werden die Forderungen eingeschlagen, an denen dann auch die ländliche Bevölkerung in die sozialistische Gesellschaft hineingezogen werden soll. Das öffentliche Grundeigentum soll vermehrt und dementsprechend ein Vorkaufsrecht der Gemeinden bei Zwangsverkäufen von Gütern eingeführt und die Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeflächen oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und Kleinbauern gefordert werden. Nur wo beides sich als nicht rationell erweist, soll Verpachtung an Selbstwirtschafter unter Aufsicht des Staates und der Gemeinde Platz greifen. Hier ist als wenigstens angedeutet, welche die Rolle in der sozialistischen Gesellschaft gehen solle. Diese Andeutungen werden, wenn der Programmrat

auch in ländlichen Wahlkreisen zur Erörterung gestellt werden sollte, erst recht zu der Frage veranlassen müssen, wie denn in der sozialistischen Gesellschaft die Stellung der Landwirtschaft sein soll. Denn wohl verstanden, alles, was das Programm aufzählt, um die Landwirtschaft zu fördern, bezieht sich gar nicht auf die sozialistische Gesellschaftsordnung. Es sind die Forderungen, die die Sozialdemokratie im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung vertreten zu wollen vorgiebt, um deren Verwirklichung sie sich aber in Wahrheit gerade so wenig kümmern wird, wie um die Forderungen, die sie bisher zu Gunsten der Industriearbeiter an den gegenwärtigen Staat erhoben hat. Sind erst einmal die ländlichen Arbeiter und die Bauern der sozialdemokratischen Vogelfängern ins Garn gegangen, dann ist es aus mit Besitz, Selbstwirtschaft und dem Wohnen auf eigener Scholle. Und den Zwangsarbeitern in der Stadt würden die Zwangsarbeiter auf dem Lande an die Seite treten, die auf Geheiß und nach Befinden der städtischen Machthaber die Acker zu bestellen und die Frucht ihrer Arbeit an die Gesamtheit abzuliefern hätten. Darum werden sich die Landbewohner auch wohl überlegen, ob sie aus der Hand der verkleideten Wölfe irgend welche Gaben annehmen dürfen. Was die Sozialdemokratie ihnen vorhält, aber niemals gewähren wird, ist nichts anderes, als was der jetzige Staat und die jetzige Gesellschaft vorbehaltlos und ohne Hintergedanken bereits im Interesse der Landwirtschaft in Angriff genommen und teilweise auch schon verwirklicht hat, und was erreicht werden kann ohne die sozialistischen Schaumschlägereien.

Die nationalliberale Kölnische Zeitung charakterisiert den Entwurf folgendermaßen: Zwar ist dies wohl ein Zugeständnis an die „Doctrinäre“ — davon Abstand genommen worden, das Landtagtationsprogramm der französischen Sozialisten abzuschreiben und die Heiligkeit des kleinbäuerlichen Eigentums ausdrücklich zu proklamieren, aber in den Vorschlägen wird das Privateigentum stillschweigend an allen Punkten anerkannt, auch an jenem, wo die Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums und die Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter gefordert wird. Radikalismus läßt sich auch auf diesem Boden prästieren, und es fehlt in dem Programm nicht daran, aber es ist durchweg erborgter, bürgerlicher Radikalismus, und daneben finden sich Forderungen, deren Erfüllung in dieser gegenwärtigen, schlechtesten aller Welten schon in Angriff genommen, zum Teil sogar vollzogen ist. So zum Beispiel in Preußen die Beseitigung der Ertragssteuern als Staatssteuern (daß sie auch in den Gemeinden aufgehoben werden sollen, sagt das Programm nicht) und die Gewährung von Staatskredit an die Genossenschaften. Auf sozialdemokratischer Seite liebt man es, den preussischen Finanzminister, weil er als junger Mensch einmal sozialistische Ideen mit sich herumgetragen hat, einen Abtrünnigen zu nennen. Wenn das neue Programm nicht das wäre, als was es Hebel bezeichnet hat, würde man mit viel größerer Berechtigung sagen können, die Sozialdemokratie sei zu Dr. Miquel übergegangen. — Wer, ausgehend von diesen Grundzügen (im theoretischen Teil des Programms) zu Forderungen, wie die von der Agrarkommission erhobenen, gelangt zu sein vorgiebt, der verübt einen Betrug, der zu plump ist, als daß durch ihn die zwei geübten Augen im Bauernschadel gegen die gerade dem Grundbesitzer von der Sozialdemokratie drohende Gefahr blind werden könnten.

Die National-Zeitung bemerkt nach Anführung der wesentlichsten Punkte: Wir begnügen uns für heute damit, auf die Verjährung des Kampfes zwischen dem demokratischen Sozialismus und der bürgerlichen Gesellschaft, welche diese Programmweiterung des Sozialismus zur Folge haben wird, erneut hinzuweisen, gegenüber diesen neuen Programmforderungen aber auch auf die Tatsache, daß die offene Forderung der Aufhebung des Privateigentums im ersten und eigentlichen Teil des Programms auch hinsichtlich des landwirtschaftlichen Besitzes unverändert bleiben soll.

Madam zum Schluß das Urteil der antisemitischen Volksrundschau: Das letzte (Erfurter) Programm der Sozialdemokratie aus dem Jahre 1891 zerfiel schon in zwei Teile, nämlich in einen Allgemeinen Teil, der vom notwendigen Untergang der bestehenden Gesellschafts-klassen handelte, und als unabänderliches Ziel die Verstaatlichung aller Erwerbsmittel d. h. die Aufhebung fast sämtlichen Privateigentums forderte. Der zweite Teil enthielt die Forderungen der Sozialdemokratie an die heutige Gesellschaft. Man nannte das unmittelbar zu verwirklichende Forderungen, welche dem Zukunftsstaat näher führen sollten. Dahin gehörte: das allgemeine, gleiche direkte Wahlrecht für alle Wahlen, die direkte Gesetzgebung durch das Volk, die Abschaffung des stehenden Heeres, volle Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Gleichstellung der Frau mit dem Manne, die Erhellung der Religion zur Privatangelegenheit, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Beihilfen und Beurlaubung in den öffentlichen Volksschulen, die Unentgeltlichkeit der Rechts-

pflege und der ärztlichen Hilfeleistung, Abschaffung aller indirekten Steuern, ferner noch einige Forderungen zum Schutze der Arbeiterklasse. Das waren die Forderungen an die heutige Gesellschaft. Vor dem Richterstuhl der sozialdemokratischen Wissenschaft — wenn wir von einer solchen sprechen sollen — konnten diese Forderungen bestehen. Sie waren noch keine Verleugnung der Hauptziele, waren auch ungeeignet das angebliche wirtschaftliche Verhängnis der Zeit — nämlich die Vernichtung der kleinen Betriebe — in seinem Laufe aufzuhalten. Nur allgemeine Maßregeln, die der Gesamtheit der Beschäftigten in leitlicher und geistiger Beziehung zu Gute kommen sollten, faßte man in diesem zweiten Teil des Programms ins Auge. Denn, so hieß die sogenannte wissenschaftliche Begründung: wenn wir natürlich auch nichts thun werden, um zu verhindern, daß der Zukunftsstaat naht, indem nämlich die Reichen immer reicher und geringer an Zahl, die armen oder kleinen Leute aber immer größer an Zahl werden — so wollen wir doch nicht, daß die armen und kleinen Leute in der wirtschaftlichen Not so verkommen, daß sie sich um unseren Kampf nicht kümmern. Darum wollen wir ihnen in allerlei allgemeinen Dingen helfen! — Weit von sich ab wies die Sozialdemokratie dagegen die Aufgabe, den einzelnen in seinem Betrieb zu unterstützen, denn, so sagt Kautsky in seiner Erläuterung des Erfurter Programms: den Handwerker und Bauern als Produzenten unter Beibehaltung ihrer rückständigen Betriebsweisen zu helfen, widerspricht dem Gang der ökonomischen Entwicklung und ist undurchführbar! Und an anderer Stelle sagt er: Den Handwerkern und Bauern Maßregeln in Aussicht stellen, durch welche ihre Kleinbetriebe lebensfähig gemacht werden, heißt keineswegs ihre Interessen vertreten, es heißt vielmehr Illusionen in ihnen erwecken, die sich nie verwirklichen können und die sie vom rechten Weg zur besten Vertretung ihrer Interessen ablenken! Das galt bisher als sozialdemokratische Wissenschaft! Wenn nun die Sozialdemokratie den zweiten Teil ihres Programms durch allgemeine Forderungen bereichert hätte, welche der Gesamtheit des kleinen Bauernstandes zukommen sollen, so würde dies im Grunde genommen keine Abtrünnigkeit und kein Bruch gewesen sein. Aber was steht in dem neuen Programm? Wir wollen gar nicht davon reden, daß im Eingang die Verbesserung der Zustände im Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsform gefordert wird; obwohl das nichts anderes bedeuten kann, als den Produzenten in ihrer Betriebsweise zu helfen! Nein, daß das geschehen soll, geht schon klar aus der nächsten Forderung hervor: Errichtung ausreichender gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen, Musterwirtschaften und Versuchstationen. Abhaltung regelmäßiger landwirtschaftlicher Unterrichtskurse. Musterwirtschaften? In einer Gesellschaft von Ausbeutern? Versuchstationen zur Belehrung für kleine Besitzer, um also, wie Herr Kautsky sich ausdrückt, den Produzenten in ihrer rückständigen Betriebsweise zu helfen? Denn rückständig ist vor der sozialdemokratischen Wissenschaft schließlich jede kleine Privatwirtschaft. Wozu Musteranstalten und Versuchstationen, um da zu helfen? Herr Kautsky müßte heute folgerichtig fragen: Wozu Illusionen in den kleinen Bauern durch Fäulnisstellung von Maßregeln wecken, welche die Kleinbetriebe lebensfähig machen sollen? Aber da lesen wir noch weiter: Staatskredit an Genossenschaften und Gemeinden für Feldbereinigung und für Verbesserungen des Bodens. Und das heißt nicht, den rückständigen Betrieben helfen? Nein, Ihr Herren, das ist keine Verheerung der Grundstücke zum Bauernfang, das ist der offene nackte Bruch mit den obersten Zielen: den Gleichheitsstaat herbeizuführen oder seine Entwicklung wenigstens nicht zu hindern. Die Sozialdemokratie erscheint hier wie eine alte gesämnkte Dame, die mit anderen Leuten kokettiert. Sie hat aus der Fanfare ihres großen theoretischen Programms vom Zukunftsstaat eine Chamade gemacht. Das ist zum ersten mal das Signal, daß man sich mit den Feind verständigen will. Wir werden nun sehen, was der Parteitag zu dieser Programmweiterung sagen wird. Nimmt er sie an, so erklärt damit die Sozialdemokratie in Deutschland, daß der Inhalt ihrer bisherigen Lehre falsch gewesen ist, daß dem Kleinbesitz trotz allem und allem zu helfen ist. Läßt sie aber diese Lehre nach wie vor gelten, dann treibt sie ein doppeltes Spiel, dann täuscht und hintergeht sie die Menschen, dann ist die Unmoral ihrer Politik vollendet, dann hat sie die Heuchelei zum liebsten Mittel erkoren. Darum zütre niemand vor solchen großsprecherischen Programmen! Sie alle werden Machtheiß Wald von Dunstman — unsre feste deutsche Landwirtschaft — nicht in Bewegung bringen.

Wir haben die Preßstimmen der tonangebenden Blätter der einzelnen Parteien unverhohlen zum Ausdruck gebracht; wir beweisen hiermit unseren Gegnern, daß wir die Kritik nicht fürchten, sie möge sachlich oder verlegend abgefaßt sein.

Stadtsamt. Magdeburg, am 25. Juli 1895. Aufgebot: ... Geburtsregister: ... Todesfälle: ... Geburten: ...